

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Distanz zum Extrem

Der Islam ist eine Religion, welche immer wieder zu Diskussionen führt. Der Islam passt nicht in unser Land. Unter seiner Fahne hat es sehr viele Fanatiker und Extremisten bis hin zu den Terroristen, die im Namen Allahs Verbrechen verüben. Strenge Muslime schützen auch die Kindererhen und diskriminieren die Frauen. Was mir vor allem fehlt, ist die Tatsache, dass sich die moderaten Muslime nicht oder nicht glaubwürdig von den Extremisten distanzieren. Vielleicht aus Angst? Dies ist wohl der zentrale Grund. Die moderaten Muslime müssen sich endlich zusammenschließen und beweisen, dass es auch anders geht. Extreme sind zu unterbinden, auch mit strafrechtlichen Massnahmen und unter anderem mit einem griffigen Nachrichtengesetz zur Prävention. Denn genau die Distanzierung aus den eigenen Reihen wäre wichtig. Leider hat sich der Islam, im Gegensatz zum Christentum, nicht wirklich reformiert. Man kann seine Entwicklung deshalb in keiner Weise mit dem Christentum vergleichen.

Auch die Minarette als sichtbare Zeichen eines «eroberten» Gebietes haben bei aller Religionsfreiheit bei uns in der Schweiz genauso wenig verloren wie etwa Stalindenkmäler, für welche ebenfalls keine politische Meinungsfreiheit ins Feld geführt werden kann. Wer sich mit dem Koran wirklich beschäftigt, erkennt die vielen extremen Inhalte dieses Buches. Kritiker werden mundtot gemacht, sie müssen um ihre weitere Karriere (wie beispielsweise Andreas Thiel) oder gar um ihr Leben fürchten.

Leider treten oft nur die extremen Anhänger des Islams (und davon gibt es offensichtlich viele) in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Wenn es den modernen Muslimen wirklich ein Bedürfnis wäre, würden sie sich viel klarer von den Militanten und den Hasspredigern distanzieren und diesbezüglich ihre Kritik äussern.

Die Anerkennung des Islams als Staatsreligion – wie dies SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr fordert – kann in unserem christlich geprägten Abendland nicht infrage kommen. Wir dürfen nicht immer «kuschen» und uns noch mehr anpassen. Integrieren und unser Rechtssystem anerkennen müssen die ändern! Immer wieder sorgen aktuelle Fälle für Schlagzeilen. Vor einigen Wochen wurde in der umstrittenen Winterthurer An-Nur-Moschee eine Razzia durchgeführt, wobei sich der Iman und ein Vorstandsmitglied nun in Untersuchungshaft befinden. Öffentlicher Aufruf zum Mord wird abgeklärt. Strafbefehle wegen illegalen Einreisens und Aufenthalts in der Schweiz wurden ebenfalls ausgesprochen. So hat die SVP einmal mehr erklärt, dass Intoleranz in der demokratischen Schweiz nicht geschützt werden soll. Es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranten geben.

Was muss noch passieren, damit auch den Rotgrünen und andern Gutmenschen endlich die Augen aufgehen?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Der Stadt droht ein Bevölkerungswachstum von weiteren 80000 Personen

Nach eineinhalb Jahren debattenreicher Kommissionsarbeit wurden diesen Frühling im Gemeinderat der regionale Richtplan (RP) und vor den Sommerferien die Bau- und Zonenordnung (BZO) behandelt und mit der Ratsitzung vom letzten Mittwochabend war die BZO an der Reihe. Die nun vorliegende BZO soll das Ziel erreichen, dem unnatürlichen Bevölkerungswachstum der Stadt Zürich Rechnung zu tragen.



Christoph Marty
Gemeinderat SVP
Zürich 10

In den nächsten 15 Jahren wird die Einwohnerzahl aller Voraussicht nach um masslose 80000 neue Mitbürger ansteigen. Die städtischen Flächen sind begrenzt und die Infrastrukturen sind bereits jetzt an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt.

Die Ratslinke fordert weitere Grünflächen, Velostrassen, Verwaltungsausbau und andere linke Ideologien. Diese Wunschliste soll mit neuen Schulden finanziert werden, die anstehende Budgetdebatte lässt grüssen.

Ein Schönwetterkurs, dessen absehbares finanzielles Desaster ohne Weiteres erkennbar ist. Viel zu reden, gaben beim zweiten Teil der BZO-Revision auch die sogenannten Arealüberbauungen (Bebauung von Parzellengrösse

von 6000 m² und grösser), die bei «grossen» Arealen eine dichtere Überbauung zulassen. Grüne und AL wollten die Arealüberbauung ganz aus der Bauordnung streichen.

Dieses Anliegen konnte auch mit den Stimmen der SP abgewehrt werden. Beim Antrag, bei Arealüberbauungen mindestens zwanzig Prozent Wohnungen zu Kostenmiete zu fordern, wurden sie von der SP unterstützt. Da sich die Grün-«Liberalen» in gewohnt antiliberaler Haltung der Stimme enthielten, wurde dieses sozialistische Anliegen angenommen.

Es ist aber unsicher, ob eine solche Forderung rechtlich überhaupt durchsetzbar ist. Eine noch problematischere Tendenz in diesem Zusammenhang ist aber, dass, um die mögliche Zusatznutzung bei Arealüberbauungen auszuschöpfen, mittlerweile ein Vorschriftenfeld bewältigt werden muss, der es auch Bauträgern, die auf die Realisierung von preisgünstigem Wohnraum spezialisiert sind, mittlerweile verunmöglicht, solche zu realisieren.

Auflagen, Subventionen und Utopien

Die Vorgaben von Standards wie Minerale Eco, im Verbund mit weiteren rigorosen Einschränkungen, stellen mittlerweile sicher, dass es nahezu unmöglich geworden ist, in der Stadt Zürich einfache und zweckmässige Wohnungen mit diesem Verfahren zu realisieren. Die «Antwort» der rot-grün-grün-«liberalen» Ratsmehrheit auf solche Probleme ist, dass man die Bauherren verpflichten will, subventionierte Wohnungen zu erstellen. In den nächsten 15 Jahren sollen über 80000 Personen neu in die Stadt ziehen.

Von dem Verdichtungsgeschwätz der in Zürich dominierenden rot-grün-grün-«liberalen» Ratsmehrheit, orchestriert von den eingebundenen Medienschaften, ist in der neuen BZO aber wenig bis nichts zu merken. So nahe will man sich in der real existierenden Sozialdemokratie dann doch nicht kommen. Und so fehlen brauchbare Rezepte, wie man die anstehende Masseneinwanderung bewältigen will, nach wie vor.

Die Menschen, die hier leben, und jene, die hierher ziehen, sollen eine lebhaftere Stadt als einen sich laufend erneuernden Organismus erleben können. Der konstante Reglementierungsausbau, der mit der rotgrünen Herrschaft in Zürich einhergegangen ist und weiter einhergeht, bewirkt natürlich, dass sich der Verwaltungsapparat immer tiefer in die Lebensbereiche der Menschen einmischet und sie für seine Anliegen «sensibilisiert». Dieser Prozess ist für den einzelnen Menschen, der sich eigenständig um seine Belange kümmert und der Gemeinschaft nicht auf der Tasche liegt, im Kontext mit einer neuen BZO natürlich nicht direkt wahrnehmbar und wird als solcher auch nicht direkt als störend empfunden. Ein anderes Bild sehen wir aufseiten der Profiteure: Die sozialistische Politik zielt weiterhin darauf ab, ihrer Klientel vom Marktpreis verschonte Wohnungen zu zuhalten. Das «autoarme Wohnen» ist ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie. So rettet sich das rot-grün-grün-«liberale» Bündnis ihr Wählersubstrat in die Zukunft. Wer für die Kosten aufkommen wird, interessiert den Stadtrat nicht. Eine zukunftsorientierte BZO sollte diese Politik ablösen. Die in Kraft tretende Version tut dies nicht.

PAROLEN ZU DEN STÄDTISCHEN ABSTIMMUNGS-VORLAGEN VOM 12. FEBRUAR 2017

Gegen Zersplitterung der politischen Kräfte

Die Delegierten der städtischen SVP haben letzte Woche bereits die Parolen zu den städtischen Vorlagen in der Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 gefasst.

Nachdem die erste Volksabstimmung im Jahr 2017 schon für den 12. Februar geplant ist und nachdem die städtischen Abstimmungsvorlagen festgelegt wurden, fand die Delegiertenversammlung zur Parolenfassung bereits letzte Woche statt. Aufgrund von fundierten Informationen und nach der Beantwortung verschiedener Fragen wurde über drei zur Abstimmung stehende Vorlagen beschlossen.

Volksinitiative «Faires Wahrecht für züri»

Die Initiative wurde eingereicht, um die bestehende 5-Prozent-Klausel abzuschaffen, welche ermöglicht, dass Parteien Sitze im Gemeinderat erhalten. Damit soll erreicht werden, dass auch kleinere Parteien vermehrt im Gemeinderat Einsitz nehmen können.

Weil dieses Anliegen aus dem Volk kommt, wurde die Diskussion zur Parolenfassung kontradiktorisch geführt. Mitinitiant Ernst Danner, ehemaliger Gemeinderat der EVP, setzte sich engagiert für die Unterstützung der Vorlage ein. Fraktionschef Martin Götzl vertrat die ablehnende Haltung der SVP, die bei Umsetzung des Anliegens eine Zersplitterung der politischen Kräfte im Rat befürchtet. Nach ausführlicher Diskussion beschlossen die Delegierten mit 41 Nein, 2 Ja bei 1 Enthaltung die Nein-Parole.

Neue Rechtsgrundlage für die sip (Sicherheit, Intervention, Prävention) ist die Gruppe des Sozialdepartements für Hilfeleistung im öffentlichen Raum. Die Gruppe soll Nutzungskonflikte schlichten, bei Streit und Lärm vermitteln und Krisenintervention vor Ort bieten.

Allerdings haben die sip-Mitarbeitenden keine Weisungsbefugnis, sie können nur vorbeugend den Mahnfinger erheben und den Konfliktparteien gut zureden. Die Leistungen von sip züri basieren auf drei früheren Gemeinderatsbeschlüssen und sollen auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt werden zur Konfliktvermittlung, Beratung und Hilfe im öffentlichen Raum und zur Beaufsichtigung von exponierten Einrichtungen des Sozialdepartements. Gemeinderat Roberto Bertozzi plädierte für Ablehnung mit der Begründung, dass diese Aufgaben eigentlich zur Polizei gehören, die bei ihrer Tätigkeit auch Weisungsbefugnis habe.

Die SVP sei von Anfang an gegen die Schaffung der sip gewesen, deshalb empfehle er auch die Ablehnung einer neuen Rechtsgrundlage. Die Delegierten folgten ihm und beschlossen einstimmig mit 44 Stimmen die Nein-Parole.

Schulanlage Pflingstweid

Einmal mehr kommt ein Schulhaus zur Abstimmung. Für die Anlage Pflingstweid im Kreis 5 sei der Bedarf ausgewiesen, meinte Gemeinderat Daniel Regli beim Vorstellen der Vorlage, denn der boomende Kreis 5 West sei mit Schulraum unterversorgt. Die Objektkosten von 29,48 Mio. Franken entsprechen nicht mehr dem exorbitant hohen

Kostenniveau wie seinerzeit beim Schulhaus Leutschenbach. Trotzdem dürfe man kritische Fragen stellen zum Objekt mit 9 Klassenzimmern für maximal 180 Schüler, Kindergärten und Nebenräumen. Da aber die Notwendigkeit zur Schaffung von Schulraum gegeben sei, so Daniel Regli, empfehle er ein Ja. Nach einer engagierten Diskussion beschloss die Delegierten mit 38 Ja, 5 Nein bei 1 Enthaltung die Ja-Parole.

Wahl in die Geschäftsleitung

Nach dem Rücktritt von zwei Mitgliedern aus der Geschäftsleitung der Stadtpartei hatte die Delegiertenversammlung über die Nachfolge zu befinden. Einstimmig gewählt wurden Susanne Brunner, ehemalige Kantonsrätin, SVP Kreis 7/8, und Ueli Bamert, Präsident der SVP Zürich 1/2.

Bruno Sidler, Parteisekretär

BUDGET 2017

Budget 2017: Ausdruck von Unwillen und Unfähigkeit

Der Stadtrat legt erneut ein Budget mit rekordhohen Steuern, wachsenden Ausgaben und steigendem Schuldenberg vor. Die SVP-Fraktion lehnt dieses verantwortungslose Budget vollständig ab. Sie verlangt eine Sanierung der Finanzen und ist nicht mehr bereit, mit anderen Parteien faule Kompromisse einzugehen.



Peter Schick
Gemeinderat SVP
Vize-Fraktionschef
Zürich 11

Der Stadtrat legt dem Gemeinderat erneut ein negatives Budget mit einem Defizit von 68 Millionen Franken vor. Obwohl die budgetierten Steuereinnahmen mit 2,9 Milliarden Franken auf Rekordhöhe steigen, reichen diese nicht einmal dafür aus, den Personalaufwand zu decken.

Die Bruttoschulden der Stadt Zürich wuchsen seit 2005 um mehr als 3 Milliarden Franken und machen heute über 10 Milliarden Franken aus.

Die Gemeinderatsfraktion der SVP Stadt Zürich akzeptiert dieses Schuldenwachstum nicht und wird das vorliegende Budget in aller Form zurückweisen.

Unfähigkeit oder Unwille?

Ist der Stadtrat nicht fähig, ein positives Resultat zu budgetieren oder scheidet es am Unwillen?

In Anbetracht der erneuten Rekordsteuereinnahmen lässt sich auf Letzteres schliessen. Das Budget 2017 ist Abbild einer rotgrünen Mentalität, die mit dem Geld der Steuerzahler um sich wirft und ohne Gedanken an die Zukunft einen erdrückenden Schuldenberg aufbaut.

Der Stadtrat rechnet im Ausgaben- und Finanzplan ab 2020 jährlich mit negativen Ergebnissen von 200 Millionen Franken und nennt dennoch keine einzige Massnahme gegen dieses strukturelle Defizit.

Dies ist Ausdruck von Verantwortungslosigkeit gegenüber jenen Generationen, welche die Schuldenberge einst abtragen müssen.

Die SVP verlangt eine Budgetsanierung und akzeptiert in der anstehenden Debatte im Gemeinderat keine Kompromisse auf dem kleinsten Nenner mehr. Die Mitte-Parteien und die bürgerliche Seite des Parlaments müssen jetzt endlich Farbe bekennen. Sie müssen sich entscheiden, ob sie das Steuer herumreissen wollen, um in guten Zeiten wie diesen Schulden schrittweise abzubauen, oder ob sie Hand dazu bieten, weitere anzuhäufen.

Schulpfleger/Schulpflegerin gesucht

Infolge Wegzug einer langjährigen Schulpflegerin aus Zürich sucht die Kreispartei Wipkingen/Höngg eine/n

Schulpfleger/Schulpflegerin

für den Stadtzürcher Schulkreis Waidberg.

Interessentinnen oder Interessenten nehmen Kontakt auf mit dem Sekretariat der SVP Stadt Zürich, Postfach 6612, 8050 Zürich
Telefon 044 310 81 19; Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch